

Übrigens

Haben Sie einen grünen Daumen?

Werden Sie Online-Gärtner! Diese Schlagzeile las ich kürzlich auf einem Newsportal und klickte sofort neugierig auf den Artikel. Es ging um ein Start-up, welches eine neue Online-Gemüseanbauplattform erfunden hat.

Und das geht so: Mit einem sogenannten Online-Konfigurator können Kunden ein 16 Quadratmeter grosses Feld bepflanzen lassen. Zur Auswahl stehen 30 Gemüsesorten. «Ab dann können sich die Online-Gärtner zurücklehnen und zuschauen, wie ihr Gemüse gedeiht», lese ich da weiter. Und frage mich sogleich, ob dafür sogar eine Webkamera installiert worden ist. Schliesslich wird dann das Gemüse dem Online-Gärtner nach Hause geliefert.

Ich runzle die Stirn darüber, welche Blüten die Digitalisierung doch treiben kann. Und erinnere mich, wie ich aufs Gärtner gekommen bin. Damals, als wir in ein Haus – mit Garten – zogen. Ich hatte zwar nicht zwei linke Hände, aber sicher keinen einzigen grünen Daumen. Selbst mein blumiger Vorname vermochte keine Wunder zu bewirken. Aber man meinte es gut mit mir, ich wurde ungefragt mit allerhand Tipps – vom Mondstand bis zum Pferdemit – eingedeckt.

Heute ist mein Garten meine ganz grosse Leidenschaft. Und ich weiss: Egal, was du machst, in einem Garten wächst immer etwas, auch wenn es nur das Unkraut ist. Das mindert den Erfolgsdruck und lässt die Kreativität spriessen. Im Herbst ein krummes Rüebli aus der Erde zu ziehen, im Brunnen abzuwaschen und reinzubissen, das ist der unbezahlbare Lohn für die ganze Bütz.

Gerne hilft inzwischen auch unser Bub mit, er geht etwas systematischer vor als ich und hat als erstes Projekt A wie Artischocken gepflanzt. Und als ich gestern mit ihm ein neues Beet bestellte, kamen mir wieder die Online-Gärtner in den Sinn. Und ich sagte zu ihm: «Wer ein echter Gärtner sein will, der muss sich die Hände schon selber schmutzig machen.»



Flurina Valsecchi
Chefredaktorin

Zweites Forum zur Verkehrsentslastung

Rothenthurm Am 5. Juli lädt die Sonderkommission zusammen mit Regierungsrat André Rüeegg und Kantonsingenieur Daniel Kassubek zu einem zweiten öffentlichen Forum zum Thema «Verkehrsentslastung Rothenthurm» in den Letzisaal.

Informiert wird über Inhalt und Vorgehen in Bezug auf das Vorprojekt zur Umfahrung Rothenthurm. Im Fokus stehen diesmal die technische Machbarkeit und die Verkehrssicherheit. Es soll insbesondere aber auch der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, sich einzubringen. (ah)

«Es gab keine andere Lösung als eine grundlegende Sanierung»

Der Schwyzer Volkswirtschaftsdirektor Andreas Barraud erklärt, warum der Kanton beim Massnahmenplan der Rotenfluebahn mithilft.



Die Rotenfluebahn soll auch in Zukunft fahren, ein Rettungsplan liegt vor.

Bild: Erhard Gick

Mit Andreas Barraud sprach Flurina Valsecchi

Was halten Sie vom Rettungsplan für die Rotenfluebahn?

Der von den Verantwortlichen der Rotenfluebahn skizzierte Rettungsplan zeigt auf, wie die Bahn in die Zukunft geführt werden kann – und damit für ein breites, touristisches Angebot im Talkessel wichtig ist und es auch bleiben kann.

Der Kanton verzichtet nun auf die Rückzahlung der Hälfte seines Darlehens und somit auf 625 000 Franken. Warum?

Die Analyse hat gezeigt, dass die Bahn ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. Die Ursache liegt einerseits in den zusätzlichen Baukosten und andererseits in

den hohen Zinszahlungen. Es gab keine andere Lösung als eine grundlegende Sanierung. Dabei war uns wichtig, dass die diversen Schuldner bereit waren, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten, und dass die Bahn gleichzeitig im umfassenden Rahmen neues Eigenkapital von privater Seite einbringen konnte.

Was wäre passiert, wenn der Kanton beim Massnahmenplan nicht mitgemacht hätte?

Wenn der Kanton keine Verhandlungsbereitschaft signalisiert hätte, hätten auch andere Schuldner nicht auf einen Teil ihrer Forderungen verzichtet und Private wären nicht bereit gewesen, neues Eigenkapital einzubringen. Es war für uns in dieser Phase wichtig, dass alle Beteiligten am «gleichen Strick, am gleichen Ende und in die

gleiche Richtung» zogen. Sonst wäre die Rotenfluebahn eher früher als später zahlungsunfähig geworden.

Der Kanton unterstützt via Neue Regionalpolitik NRP auch andere Bahnprojekte. Erinnern Sie sich an vergleichbare Fälle, wo der Kanton schliesslich auf die Rückzahlung des Darlehens verzichtet hat?

Eine ähnliche Situation gab es vor etlichen Jahren bei den Schanzen Einsiedeln, wobei dannzumal eine Sanierung nicht zustande kam. Die Folge war der Konkurs.

Wie war es bei den Stoosbahnen?

Bei den Stoosbahnen hat der Kanton damals ein NRP-Darlehen in der Höhe von 6,1 Millionen Franken gewährt. Die Rückzahlungen erfolgen termingerech. Weil die Stoosbahnen neben dem

touristischen Verkehr auch eine öffentliche Erschliessungsfunktion wahrnehmen, erfolgte ein Teil der Finanzierung über den öffentlichen Verkehr.

Und wie hat sich der Kanton damals bei der Hoch-Ybrig AG engagiert?

Die Hoch-Ybrig AG verfügt über kein NRP-Darlehen. Sie könnte aber bei Bedarf beim Kanton ein Gesuch für ein NRP-Darlehen stellen. Das Amt für Wirtschaft prüft eingehende Gesuche, stellt fest, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllt sind, und stellt, wenn dies mit Ja beantwortet werden kann, einen entsprechenden Antrag zuhanden des Regierungsrates.

Vor einem Jahr hat das Stimmvolk der Gemeinde Schwyz einer Kreditversicherungsgarantie für die Rotenfluebahn zugestimmt, jenes des Bezirks Schwyz hat dies jedoch abgelehnt. So wurde das Vorhaben über je zwei Millionen Franken hinfällig. Im besten Fall wäre mit dieser Garantie gar kein Steuergeld geflossen. Jetzt hilft der Kanton mit einem konkreten Darlehensverzicht. Wäre die erstere Lösung nicht besser gewesen?

In der Regel profitieren Standortgemeinden oder -bezirke am meisten von einer Bahn. Insofern wäre es wünschenswert, wenn sich Gemeinden oder Bezirke ebenfalls an den Bergbahnen und einer nötigen Sanierung beteiligen würden. Das Stimmvolk des Bezirks Schwyz hat sich in diesem Fall dagegen entschieden. Diesen Volksentscheid gilt es zu respektieren, auch wenn der Kanton die Variante «Kreditversicherungsgarantie» begrüsst hätte.

Sind Sie selber auch ein Bahnfan?

Ja, ich benutze unsere verschiedenen Bergbahnen oft und gerne. Das breit gefächerte Tourismusangebot des Kantons wäre ohne unsere Bahnen deutlich weniger attraktiv.

«Eine Chance für Jahre hinaus vertan»

Die Interessengemeinschaft Schwyzer Kinderparlament nimmt Stellung zum Kantonsratsentscheid.

Alain Hospenthal

In seiner Session vom letzten Mittwoch hat der Schwyzer Kantonsrat eine Finanzierung eines Schwyzer Kinder- und Jugendparlaments in einem Stichentscheid äusserst knapp abgelehnt (der «Bote» berichtete). Da der private Verein, der bisher für die Beschaffung der Mittel die Trommel rührte, aus Kapazitätsgründen das Handtuch warf und nun auch der Kantonsrat eine Absage erteilte, dürfte das Kinder- und Jugendparlament im Kanton Schwyz Geschichte sein.

Die Stellungnahme der IG Schwyzer Kinderparlament folgte auf dem Fuss. Diese betrachtet es für eine Demokratie mit repräsentativem Charakter als elementar, dass die Interessen der gesamten Bevölkerung, auch des nicht stimmberechtigten Teils, adäquat vertreten sind. Sie bezieht sich dabei auch auf die von der Schweiz 1997 ratifizierte UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Diese besagt unter anderem, dass

jedes Kind, das fähig ist, sich seine eigene Meinung zu bilden, das Recht besitzt, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten zu äussern. Das Kinderparlament sei für Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Schwyz ein Instrument, um gegenüber der Politik und einer breiten Öffentlichkeit auf Anliegen und Bedürfnisse wirkungsvoll aufmerksam zu machen, so die IG Schwyzer Kinderparlament weiter.

Kinder- und Jugendparlament als Spielball der Politik gescheitert

Während Mitte, GLP und SP am letzten Mittwoch geschlossen für eine Erheblicherklärung des Postulats stimmten, votierten FDP und SVP ebenso geeint dagegen. Letztere sind der Meinung, dass ein Kinder- und Jugendparlament ausschliesslich von Privaten zu finanzieren sei und die politische Bildung in der Verantwortung der Eltern liege.

Die IG Schwyzer Kinderparlament schreibt in ihrer Stellungnahme, dass das Kinder- und Jugendparlament im

Das Kinder- und Jugendparlament während einer Debatte im Kantonsratsaal im Rathaus Schwyz.
Bild: PD



Kanton Schwyz deswegen scheiterte, weil es zum Spielball der Politik wurde. Dies insbesondere, weil die Bürgerlichen in ihm eine Verbreitung von linkem Gedankengut witterten. Gerade deshalb sei man bei der IG Schwyzer Kinderparlament davon überzeugt gewesen, dass das Kinder- und Jugendparlament längerfristig nur bestehen könne, wenn es unabhängig jeglicher Parteien und deren politischen Interes-

sen geführt und vom Kanton finanziell nachhaltig getragen würde.

Es zeige sich einmal mehr, dass die Schwyzer Politik, aufgrund des sehr knappen Entscheids im Kantonsrat, den Kindern und Jugendlichen eine politische Mitgestaltung verwehre und damit auf Jahre hinaus eine Chance vergeblich werden sei, der jungen Generation in unserem Kanton eine angemessene Plattform zu bieten.